



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiwiw.eu) welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | • *Großbritannien nach Parlamentswahl vor*

politischer und ökonomischer Schwächung • Pfundabwertung bringt neue Probleme für UK • Verhandlungsposition Großbritanniens gegenüber EU verschlechtert • Bankenderegulierungswellen- und neue Bankenkrisen - drohen

Vorzeitige Wahlen in Großbritannien – im Schatten des BREXIT

Wuppertal, 08. Juni 2017 (*PRbrexitMay2017Juni*)

Der für 29. März 2019 seitens der britischen Regierung geplante BREXIT bringt Großbritannien in Schwierigkeiten, ökonomisch und wohl auch politisch. Die dem Referendumsverlierer Cameron folgende Premierministerin May hat im April 2017 vorzeitige Wahlen ausgerufen, um sich mit Blick auf die anstehenden BREXIT-Verhandlungen mit der EU eine breitere Mehrheit im Parlament zu sichern. Das Wahlergebnis aber dürfte auf einen knappen Vorsprung für die Konservativen als Regierungspartei hinaus laufen. Da der noch im April in Wahlumfragen bestehende große Popularitätsvorsprung der May-Regierung im Wahlkampf verspielt wurde, ist die britische Regierung aus dem Gleichgewicht: Sie geht nicht, wie ursprünglich von May geplant, gestärkt in die BREXIT-Verhandlungen mit der EU, sondern geschwächt. Das bedeutet, dass Großbritannien politisch durch den BREXIT bislang destabilisiert worden ist und nun auch auf wenig günstige Bedingungen für den EU-Austritt beziehungsweise den künftigen Zugang zum EU-Binnenmarkt hoffen kann. Die wirtschaftlichen Konsequenzen für Großbritannien sind mittelfristig negativ:

- Das britische Pfund wird weiter unter Druck kommen, eine starke Währungsabwertung wird zu erhöhter Inflation und einer Senkung des realen Einkommensanstiegs für die große Mehrheit der Briten führen.
- Ausländische Investoren werden leichter als bisher britische Firmen übernehmen können; je höher der Anteil des Kapitalbestandes in Großbritannien in der Hand von Auslandsinvestoren ist, desto höher der Anteil des Bruttoinlandsproduktes – des jährlich erzeugten Produktionswertes –, der über die Tochterunternehmen ausländischer Multis bzw. ausländische Beteiligungen an UK-Firmen als Gewinnabführung ins Ausland geht. Das Wachstum des britischen Nationaleinkommens wird damit stärker geschwächt als das ohnehin beim BREXIT-Austritt sinkende Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Wohlfahrtsökonomisch erweist sich die britische BREXIT-Entscheidung als negativ. Die reale Pfundabwertung wird nur einen geringen Zuwachs der Netto-Güterexporte erbringen bzw. von der Nachfrageseite beim Bruttoinlandsprodukt überschaubare Entlastungseffekte bringen.
- Der globale Anteil Großbritanniens am Welteinkommen sinkt weiter; schon zwischen Juni 2016, als das EU-Referendum stattfand, und Mai 2017 sank etwa der britische Anteil am EU28-Bruttoinlandsprodukt um rund 15 Prozent und auch der Anteil am Welteinkommen verminderte sich. Bei internationalen Verhandlungen ist dieser Anteilswert für das politische Verhandlungsgewicht wesentlich.



Insgesamt steht die Tory-Partei mit dem informationspolitisch nicht korrekt durchgeführten EU-Fehlreferendum vom 23. Juni 2016 für Schritte hin zu einer UK-

Schwächung – bis hin zu einer Wirtschafts- und Staatskrise in Großbritannien. Premier Cameron hatte in der 16seitigen Infobroschüre für die Wähler, versandt an alle Haushalte, den vom Finanzministerium in einer Studie errechneten 10%-Einkommensverlust den Wählern verschwiegen. Wäre dieser Sachverhalt erwähnt worden, kann man auf Basis von UK-Popularitätsfunktionen errechnen, dass das korrekte Referendumsergebnis 52,1% für EU-Verbleib gewesen wäre. Premierministerin May, als Camerons Innenministerin über Jahre für Einwanderungsfragen zuständig, ist während des Referendums-Wahlkampfes der kontrafaktischen Anti-EU-Einwanderungsrhetorik von Cameron gefolgt, wonach die EU-Zuwanderer ein große Bürde darstellten. Als Premierministerin hat sie diese Position in einem White Paper bekräftigt, wobei die dort gezeigte Grafik nachweist, dass in Wahrheit die Nicht-EU-Zuwanderer das größere Phänomen über eine Dekade waren; und die OECD hat gezeigt, dass die EU-Zuwanderer für das britische Budget einen Netto-Einnahmeneffekt bringen.

Vernünftige, ehrliche Politik sieht wohl anders aus als die der Regierung May. Die Beschädigung der eigenen Glaubwürdigkeit ist für britische Regierungen nun zum ernstesten Problem geworden: nach innen und nach außen. Eine starke Position des Westens kann sich aus der gleichzeitigen Selbstschwächung von UK und USA nicht ergeben. Die neue Global Britain-Strategie von Premier May kann im Übrigen nicht funktionieren, da nur mit den USA und Japan nennenswerte Freihandelsverträge möglich sein werden und die USA zudem die Welthandelsorganisation unterminieren.

Die britische Regierung wird bei vermindertem Wirtschaftswachstum stärker noch als bisher geplant, auf eine neue Bankenderegulierung setzen, um der mit der BREXIT-Entscheidung drohenden verstärkten Abwanderung ausländischer Banken vom Finanzplatz London entgegen zu wirken. Da auch die Trump-Administration eine solche Deregulierung in den USA plant, kommt auf die OECD-Länder eine neue Deregulierungswelle zu; die Regelverbesserungen bei der Bankenaufsicht nach der Transatlantischen Bankenkrise werden dabei in wesentlichen Teilen aufgehoben: Es droht dann mittelfristig die nächste Bankenkrise in den USA und Europa; hiergegen wird sich die EU27 klugerweise wappnen müssen.

Im Buch BREXIT aus Versehen (engl. An Accidental BREXIT) – mit Buchempfehlungen von Harold James, Universität Princeton; und Friedrich Schneider, Universität Linz -findet sich eine verständliche und kompakte BREXIT-Analyse – mit vielen wichtigen neuen Befunden für Deutschland/Europa und UK.

[Aktuelle Analyse](#) **Buch: Welfens, BREXIT aus Versehen**

Forthcoming: Paul Welfens, *An Accidental Brexit*, London: Palgrave Macmillan | ISBN 978-3-319-58271-9

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S.Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 [Auch als eBook \(€ 14,99\)](#)

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de